

Geschäftsstelle und Redaktion:
Dresden • U. 16, Holbeinstr. 46

Telefon 21 366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14 797

Sächsische Volkszeitung

Druckpreis: Ausgabe A mit Illustr. Beilage vierteljährlich 2.00 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.50 M. — Ausgabe B vierteljährlich 1.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.00 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Hochfesten nachmittags. — Sprachsammlung der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Anzeigen: Ausnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsbeilage 40 J. im Restemerkel 1 M. Familien-Anzeigen 30 J. — Für unbedeutend geschriebene, sowie durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen können die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Aufbau oder Niedergang?

Deinereindrücke. — Unterredung mit dem Abgeordneten
Burlage.

Weimar, 8. August 1919.

Der Geist von Weimar! Es ist in den letzten Monaten schon so viel geschrieben worden, daß ich den Geist der Weimer fürchten möchte, wenn ich es wagen wollte, auch heute noch einmal lang und breit darüber zu sprechen. Und doch! Dieser Geist ist nun einmal so eng mit dieser Stadt und allem, was darin ist, verbunden, daß man ihn einfach nicht umgehen kann. Selbst bei der Verfassungsfeier der sozialdemokratischen Fraktion, die gestern abend in sehr würdigem Rahmen im Deutschen Nationaltheater zu Weimar stattfand, ist dieser Geist beschworen worden. Der Reichsminister des Innern, Dr. David, mußte sich im Schwelge seines Angesichts ab, Goethe in eine dem Sozialdemokraten angenehme Verbindung mit der Revolution zu bringen. Ich besuchte diese Feier vor allem deshalb, um wirklich etwas vom Geist von Weimar zu genießen, nämlich durch das Orchester des Deutschen Nationaltheaters, das ich zum letzten Mal vor ungefähr 10 Jahren hörte. Welch ein Unterschied zwischen damals und heute! Damals wohnte ich zufällig auf der Durchreise einer Festvorstellung im Weissen Hofes an. Glänzendes äußeres Bild! Dieses Mal alles schlicht und einfach, nur befebt durch die Uniformen der schwertumgürteten Berliner Schuppleute in und außer dem Hause. Nach dieser Feier hatte ich das Vergnügen zu sehen, wie sehr sich eine bekannte sächsische unabhängige Sozialistin für die Rötten und Leiden des Volkes abmühte — nämlich beim schäumenden Sekt im öffentlichen Restaurant. Wenn das am „grünen“ Folge passiert...

Immerhin, das, was ich hier in den letzten Tagen sah und erlebte, hat mich in den Gedanken befestigt, die der Reichsminister Giesbert vor kurzem in einer Versammlung in Offen aussprach, nämlich: „Was haben wir zu tun in der Zentrumspartei? Wir stellen uns auf den Boden der Dinge, wie sie ohne uns und gegen uns geworden sind, einzig von dem Gedanken geleitet, unser armes deutsches Volk zu retten, unser armes deutsches Vaterland wieder aufzubauen, alle Kräfte heranzunehmen und überall mitzuarbeiten, auch mit den uns feindlich und fremd gesinnten Parteien, auch bei einer Staatsverfassung, die nicht unserem Innern entspricht. In diesem Augenblick gibt es nur das eine: Ordnung, Ruhe und ein neues Staatsleben schaffen.“ Die Verfassung ist glücklich unter Dach und Fach. Nun gilt es darauf aufzubauen, wenn wir nicht den völligen Niedergang erleben wollen. Und darin sehe ich das Verwerfliche in der Handlungsweise der rechtsstehenden Parteien, daß sie anstatt am Aufbau mitzuwirken, vereint mit den Unabhängigen alles tun, um wiederzukehren. Das gilt besonders von den ungefähr 35 Konservativen, die sich gebärden als wenn 10mal so viel in der Nationalversammlung sitzen würden und sich noch immer nicht damit befremden können, daß wir nun einmal in einem demokratischen Zeitalter leben. Gewiß auch der Minister David hat mich gestern nicht davon überzeugen können, daß die Revolution ein unbedingtes Erfordernis war; parlamentarisch und demokratisch hätten wir auch unter der Monarchie regiert werden können. Das ist aber eben die historische Schule der Konservativen, daß sie sich der gefunden Demokratie so lange widersetzen haben, bis ihre Einführung unter der Monarchie sich nicht mehr durchführen ließ.

Das Zentrum steht geschlossen da. Man glaube nun ja nicht, daß die eifrigen Bemühungen der rechtsstehenden Presse, Zwietschak zu säen, Erfolg haben werden. Alle Erklärungen und Deutungen können nicht darüber hinweg täuschen, daß die Friedensmöglichkeiten im Herbst 1917 völlig verpaßt worden sind. Und der Eindruck, den man im Lande hat, daß hinter den Treibereien gegen Erzberger mächtige Kreise des Großkapitalismus stehen, wird hier zur Gewissheit. Das Schulkompromiß entspricht nicht allen unseren Wünschen, aber daß es überhaupt zustande gekommen ist, darum hat auch, wie mir von den verschiedensten Seiten bestätigt wurde, unser sächsischer Zentrumsführer Herr Abgeordneter Reichsgerichtsrat Burlage sich große Verdienste erworben. Herr Abgeordneter Burlage empfing mich zu einer längeren Unterredung und ermächtigte mich, aus seinen Ausführungen folgendes wiederzugeben:

„Wir Abgeordneten der Zentrumspartei, so erklärte Herr Reichsgerichtsrat Burlage, empfinden es im höchsten Maße bedauerlich, daß wir in Weimar durch die wichtigsten Geschäfte, bei denen es sich oft um

Sein oder Nichtsein des Reiches handelt, festgehalten werden und nicht, wie wir es dringend wünschen, wenigstens in jedem Monat vor unsere Wähler treten können. Hierdurch entsteht die Gefahr, daß sich Mißverständnisse zwischen Wählerschaft und Fraktion einstellen. Goffentlich erhalten wir in den nächsten Wochen eine kurze Atempause, die wir dazu benutzen können, wenigstens einige Versammlungen im Lande abzuhalten. Inzwischen dürfen wir aber doch das Vertrauen in unsere Wählerschaft haben, daß sie sich durch die geradezu wilde Hege in den deutschnationalen Blättern nicht irre machen läßt. Man möge überall zusehen, welche Tatsachen gebracht werden und was von diesen Tatsachen auch nur irgendwie glaubhaft gemacht wird. Ich kann nur sagen, wir freuen uns darauf, einmal in offener Feldschlacht vor unseren Wählern die ganze Zeit vom 6. Februar von der Zentrumsfraktion verfolgte Politik darlegen zu können. Es wird sich dann zeigen, daß die Fraktion bei allen großen Fragen im Interesse des Vaterlandes gehandelt hat und sich niemals weder durch Zumutungen von links noch durch Zumutungen von rechts hat irre machen lassen. Die Grundsätze des Christentums sind noch wie vor die feste Grundlage der Zentrumspolitik. Unter Festhaltung dieser Grundsätze muß sich unser neues demokratisches und soziales Staatsleben aufbauen.“

Herr Abgeordneter Burlage gab dann noch seiner Freude darüber Ausdruck, daß an so vielen Orten in letzter Zeit in Sachen Zentrumsversammlungen abgehalten wurden, in denen die unverbrüchliche Treue zur Partei zum Ausdruck gekommen ist. Es möge unermüdet weiter gearbeitet werden. Auch die Zentrumspartei wird einen Neuaufbau ihrer Organisation vollziehen. Darüber schreiben gerade jetzt in der Zentrumstraktion wichtige Verhandlungen, von denen man schon heute sagen kann, daß sie, und zwar schon bald, einen gedeihlichen Abschluß finden werden. Noch für den Herbst ist dann ein allgemeiner Zentrumsparteitag in Aussicht genommen.

Ueber manches, was ich hier gesehen und gehört, hoffe ich in den nächsten Tagen noch berichten zu können. Daß Herr Domkapitular Reich aus Bamberg stellvertretender Vorsitzender der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung geworden ist, wird vor allem in Dresden interessieren, wo seine glänzende Rede vom 25. Mai noch in aller Erinnerung ist. Aber auch er hat die Dresdner Versammlung noch nicht vergessen und erklärte mir von neuem, daß sie zu den schönsten Erinnerungen aus seiner reichen Versammlungstätigkeit gehört. Als ich mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Herschel aus Breslau, dem Verfasser unserer so beliebten H-Jeuilletons, vor dem Shakespeare-Denkmal stand, fiel mir aus dem Hamlet das Wort ein:

„Denn die Natur, aufstrebend nimmt nicht bloß An Größe und Segen zu; wie dieser Tempel wächst, So wird der innere Dienst von Seele und Geist Auch weit mit ihm.“

Wenn wir den Aufbau nach Innen und Außen vollziehen wollen, so müssen wir allerdings Seele und Geist auf andere Gesichtspunkte einstellen, als sie sowohl von links wie von rechts in der letzten Zeit zum Ausdruck gekommen sind. Auch den äußeren Aufbau. Das Shakespeare, der Engländer, auch heute noch ist, braucht hier nicht dargelegt zu werden. Soll trotz allem Imperialismus der Feinde sich nicht doch eine Brücke finden lassen, die ein jahrelanges Warten für immer unmöglich macht. Und sollen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß das Maßgeheiß der Feinde uns zu gleichem verleiten darf. Gerade vom christlichen Standpunkte aus müssen wir den versöhnenden Geist pflegen. Verweisen wir doch hier einmal wirklich, daß das soviel mißbrauchte Wort, an deutschem Wesen solle die Welt genehmen, insofern in die Tat umgesetzt werden kann, daß wir dem guten Willen beiseite, außen und innen in versöhnendem Sinne am Wiederaufbau zu arbeiten. Das muß allerdings zum Gemeinut des überwiegenden Teiles des deutschen Volkes werden. Sonst wäre der Niedergang unaufhaltbar. Nun muß ich doch noch einmal auf den Weimarer Geist zu sprechen kommen. Im Goethehaus kamen mir aus dem Faust die Worte in den Sinn:

„Allein, es kommt die böse Zeit heran, Und sich als Bogestolz allein zum Grab zu schleifen, Das hat noch keinem wohl getan.“

Vielleicht fühlen die Extremisten von links und von rechts den tieferen Sinn dieser Worte. Mit ihnen scheide ich von Weimar, zum Urlaubsantritt, zur neuen Stärkung für den Kampf, der mit der Wahlbewegung im Herbst sicher auch bei uns in Sachsen in noch weit stärkerem Maße ein-

leben wird. Wir können ihn getrost aufnehmen; Unsere Waffen sind rein und unsere Ideen haben Unvergleichliches wert. Paul Schein.

Zentrumsparteitag

Von unserem parlamentarischen Vertreter

Ein Parteitag der Zentrumsanhänger des Reiches ist schon längst keine „Frage“ mehr. Die Verhältnisse, wie sie sich innerhalb der Zentrumspartei im Lande, vor allem innerhalb der städtischen und provinziellen Organisationen unserer Partei herausgebildet hatten, sind viel zu unübersichtlich geworden, um auf die Dauer ein starkes Band für die im Zentrumssinne wirkende Anhängerschaft zu bilden. Schon vor der politischen Umwälzung hatten wir beobachtet müssen, daß vielfach die enge Fühlungnahme zwischen den Zentrumsführern und der Wählerschaft gelockert war. Und trotzdem das Zentrum immer eine bewundernswürdige Treue hinsichtlich seiner Wählkreise aufzuweisen hat, so ist das vorbildliche Treue der Zentrumsanhänger und der Kraft der Zentrumsideen zuzuschreiben. Aber wir wollen nicht nur weiteren Aufstieg. Kein Wunder, daß gerade nach der Revolution ein Zusammenklang mit der starken, auf die Erweiterung aller Persönlichkeitsrechte drängenden Welle der Verhältnisse innerhalb der bisherigen Zentrumszentralisationen nicht mehr aufrecht zu erhalten waren. Bei den Vorbereitungen zu den Wahlen ist hier und da auch ein starker und erfolgreicher Abzug zur Milderung der bestehenden Zustände gemacht worden, aber im großen und ganzen ist doch alles beim alten geblieben. Nachdem die Wahlen zur Nationalversammlung des Reiches und zu den parlamentarischen Vertretungen der Einzelstaaten vorüber waren, hat man dem weiteren Ausbau unserer Organisationen nicht mehr viel Zeit gewidmet. Wir waren ja auch alle durch dringendere Aufgaben nach innen und außen in Anspruch genommen. Nun aber, da wir hinsichtlich unserer Arbeit nach innen wie nach außen auf einigermassen geordneten Boden stehen, läßt sich die Reform der Zentrumszentralisationen nicht mehr länger ausfallen. Sie kann nur von einem Reichsparteitag der Zentrumsanhänger mit Aussicht auf Erfolg und vor allen Dingen auf die Wirkung verfassungsmäßiger Einheitlichkeit durchgeführt werden.

Man wird es daher allenthalben im Lande auf das freudigste begrüßen, daß im Herbst dieses Jahres der Reichsparteitag zusammentreten soll. Eine große und unmittelbare Aussprache zwischen Wählerschaft und Abgeordneten ist unbedingt erforderlich. Das leitende Motiv des fernum den ersten Zentrumsparteitages ist wahrhaft verstandene und großzügig durchgeführte Demokratie.

Die Demokratie muß beginnen in der Organisation unserer Partei. Wir müssen von Grund auf den Aufbau und die Wirksamkeit unserer Partei und der in ihr tätigen Anhänger neu gestalten. In den örtlichen Organisationen darf es nur freie Entfaltung der Kräfte geben. Die Grundbasis für alle Mitarbeit und alle Mitarbeiter muß so breit wie nur irgend möglich sein. Mit dem System der sogenannten „geborenen Mitglieder des Vorstandes“ usw. muß aufgeräumt werden. Auf die professionellen und die Landesorganisationen müssen diese Gesichtspunkte eine entsprechende Anwendung finden. Der bisher bestehende Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei wird in anderer Form aufrecht zu erhalten sein. Er wird aber in anderer Weise als bisher die Spitze der Partei bilden müssen. Während der Reichsausschuß in seiner bisherigen Form die oberste Instanz bildete und von sich aus die Direktiven der Arbeit im Lande, wie der Arbeit für die Fraktion gab, wird er künftig höchstens, und zwar ausführendes Organ der Gesamtpartei werden müssen. Ihm wird vor allem die Ausführung der vom Reichsparteitag gefassten Beschlüsse obliegen müssen. Um den künftigen Reichsausschuß arbeitssähig zu machen, wird man zweckmäßig eine Zweiteilung, und zwar in einen engeren und einen weiteren Ausschuss vornehmen, bei welchem dem ersteren die überragende Stellung zugewiesen würde, jedenfalls dürfte die künftige Parteiorganisation nur nach dem Grundsatze freier Wahl gebildet werden. Dieser Grundsatze muß einheitlich für das ganze Reich und für die Zusammenstellung dieser Parteiauslässe zur Durchführung kommen.

Nicht minder wichtig ist die Schaffung eines in Form eines Programmes gefassten Arbeitsplanes der Zentrumspartei. Er muß programmatische Grundzüge, die leitend für die öffentliche, politische, parlamentarische und publizistische Zentrumsvvertretung sein müssen, enthalten. Mit dem bisherigen System der „Richtlinien“ oder „Leitätze“ kommen wir nicht mehr aus.

Zum dritten ist eine Kennfrage unserer Partei die nach der engeren Fühlungnahme zwischen Parteiorganisationen

und der Parteipresse. Insbesondere muß das Verhältnis der Zentrumsparlamentarier zur Zentrums- und Parteipresse auf einen kleinen Boden gestellt werden. Die Zentrums- und Parteipresse muß nach ganz anderen Gesichtspunkten, als das bisher der Fall war, von den parlamentarischen Organisationen und parlamentarischen Vertretern über alle politischen und parteifaktischen Aktionen informiert werden. Die Zentrums- und Parteipresse selbst müssen eine viel regere Verbindung zur Presse haben und sich in der Parteipresse viel mehr zum Wort melden, als das bisher üblich war. Die Presse nimmt im neuen Reich neben Regierung und Parlament die Rolle des dritten Regierungsfaktors ein. Sie ist zur engen Verbindung mit der Bevölkerung, aber auch um deswillen besonders geeignet, weil ihre Tätigkeit eine unermüdete und ununterbrochene ist: weil sie täglich und stündlich zum Volke spricht, während die Parlamente doch nur zeitweise versammelt sind und den Parlamentarier Gelegenheit geben, ihre Auffassungen vor dem Lande und ihrer Wählerschaft darzulegen und ihre Stellungnahme zu begründen.

Mit größten Hoffnungen und Erwartungen sieht die Zentrumsparlamentarier des Reiches dem nunmehr angefangenen Reichsparteitag entgegen. Es wird der erste Parteitag des Zentrums werden. Das Zentrum folgt als letzte Partei einer Einrichtung nach, welche bei den übrigen Parteien schon längst besteht. Wir dürfen mit gutem Recht und gutem Grund erwarten, daß ein Zentrumsparteitag die verbundene Macht der Zentrumsideen im Reich neu beleben und sie zu neuen und noch größerem Erfolge bringen wird.

Der drohende Eisenbahnerstreik

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat folgenden Erlaß an die Beamtenschaft der preussisch-belgischen Staatsbahnen erlassen: In Erstatt zu am 6. Juli ein Mitteldeutscher Block geschaffen worden, um die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung zu erwirken. Dessen Block sind die Bereiche: Erfurt, Halle und Magdeburg betreten. Als Hauptmittel wird neben händiger Bearbeitung der Presse die Schaffung einer Organisation bezeichnet, die der Bundesleitung als "schlagkräftige Stimme" dienen soll. Diese Organisation soll vor allem die Propaganda des Streiks unter der Eisenbahnbeamtenschaft betreiben. Es heißt in dem Erlaß weiter: Eine Streikorganisation ist durchzuführen. Die Namen der Beteiligten sind geheimhalten zu lassen. Regelmäßige Zusammenkünfte der Streikleitung sind zu vereinbaren, um im mündlichen Besprechen eine schlagkräftige Organisation bis 1. September 1919 zu schaffen.

Diese Propaganda des Streiks in der Eisenbahnbeamtenschaft ist, besonders im jetzigen Augenblick, ein Verbrechen am deutschen Volke. Jedem Einzelnen steht die Gefahr des völligen Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens vor Augen. Dazu kommt die bedauernde Lage der Arbeiterbevölkerung und die Befürchtung, daß die Verhältnisse sich im Winter noch wesentlich verschlechtern werden. Diese Tatsache muß, insbesondere dem Eisenbahnbeamten klar sein. Infolge seiner Tätigkeit die Entwicklung des Wirtschaftslebens genau verfolgen kann. Jeder Eisenbahnbeamte kennt auch die schwierige Vertriebslage, mit der die Eisenbahnen augenblicklich kämpfen. Alle diese Zustände müssen in jedem von ihnen die Überzeugung von dem Ernst der Lage im Eisenbahnwesen befestigt haben. Wenn in jedem Augenblick eine kleine Anzahl von Beamten eine Organisation schaffen will, um den Streik zur Durchsetzung persönlicher Wünsche heranzuführen, so ist es eine Tat, die aus schärfer Verurteilung verdient wird. Ich bin überzeugt davon, daß die weit überwiegende Zahl der Eisenbahnbeamten diesem Vorgehen fremd und mit Abscheu gegenübersteht.

Ich weiß, ich brauche den Beamten von dem Man dieses Worts nur Mitteilung zu machen, die Empörung über solches Vorgehen, das unser Wirtschaftsleben neuerlich schwer erschüttern wird, wird auch in ihnen lodern. Diejenigen, die hier eine Streikorganisation schaffen wollen, die als Werkzeug in ihrer Hand jederzeit zum Losschlagen bereit sein soll, gefährden sie dadurch diese Stellung selbst. Das Vorgehen jener Beamten ist eine Verletzung der elementarsten Pflichten, eine Gefährdung der Rechte der gesamten Beamtenschaft, die sie abnungslos dem Verderben zuführen und ein Verbrechen gegen die deutsche Wirtschaft und damit gegen unser gesamtes Volk. Ich darf keinen Zweifel darüber lassen und weiß mich darin einig mit der Staatsregierung, daß die Fortsetzung dieser Pläne und jede Betätigung der Streikorganisation an den schuldigen Beamten mit den gesetzlichen Strafen geahndet werden wird.

Ich richte deshalb hiermit die ernste Mahnung an jeden Beamten, sich von solcher Streikorganisation fernzuhalten und erwarte von dem gesunden Sinn der Eisenbahnbeamten, daß sie die Erkenntnis von der Verwerflichkeit jenes Unternehmens in alle Kreise der Beamten tragen werden. Sie erfüllen damit nicht nur ihre Pflicht, sondern sie tun das, was ihrer Person, ihrem ganzen Stande und dem gesamten deutschen Volke allein helfen kann. Über die schwerste Zeit der Gegenwart hinwegzukommen. Das niedergebrachte, aus tausend Wunden blutende Vaterland bedarf zu seiner Aufrichtung in einem anderen Maße der Treue der Beamtenschaft als vor dem unglücklichen Kriege. Nur wer so denkt, hat den sozialen Geist erfasst, denn sozial wirken, heißt nicht, sich vorzustellen, sondern dem großen Ganzen dienen.

Die Haltung des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten

Berlin, 10. August. Wie wir zuverlässig erfahren, hat am 10. d. M. der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten eine Besprechung über den Erlaß an die Eisenbahnbeamtenschaft gehabt. Es wurde vom Vorstand und einem Vertreter der Erfurter Bundesbezirksleitung bestätigt, daß am 8. August die Erfurter Bundesbezirksleitung die Erklärung abgegeben habe, sich künftig auf jeden Fall den Weisungen und der Leitung der Zentralleitung der Gewerkschaft zu fügen. Die Bundesleitung ihrerseits übernahm die Gewähr dafür, daß von Erfurt keine Sonderaktion unternommen oder gefördert wird. Der Erfurter Vertreter erklärte auch seinerseits, daß von Erfurt ohne Einverständnis der Zentralleitung ein Streik weder propagiert noch erklärt werden solle.

Der Minister stellte fest, daß zur Frage des Streikrechtes der Beamten an sich durch seinen Erlaß eine grundsätzliche Stellung nicht genommen sei. Der Erlaß habe vielmehr die Eisenbahnbeamtenschaft über die Verantwortlichkeit der Propagierung eines Verbschstriks in der jetzigen ersten Zeit auflären wollen. Ebensoviele sei die geordnete Betätigung der Organisation durch den Erlaß irgendwie behindert.

Aufruf des Sächsischen Eisenbahnerverbandes

Dresden, 10. August. Heute vormittag fand in Dresden eine Vorstandssitzung des Sächsischen Eisenbahnerverbandes statt, die sich mit der neuerlichen Agitation für einen Eisenbahnerstreik befaßte. Es wurde beschlossen, folgenden Aufruf an die Vorstandsmitglieder zu richten:

Man hat einige Wochen seit dem letzten verfallenen Eisenbahnerstreik verflochten, da er scheint, nach verschiedenen Meinungen zu urteilen, von neuem am Horizont das Gesicht eines Eisenbahnerstreiks, der diesmal besser vorbereitet sein und deshalb zu einem Streik aller Eisenbahner führen soll. Die Streikbewegung geht — darüber sind sich alle maßgebenden Kreise klar — nicht von den gewerkschaftlichen Organisationen, sondern von Kommunisten und Syndikalisten aus, die eine schiefe Tätigkeit entwickeln, um unser armes Vaterland mit seinen verfahrenen, traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen durch einen Eisenbahnerstreik, durch Zurückhaltung von Kohlen, Lebensmitteln und Rohstoffen einem sicheren Zusammenbruch entgegenzuführen, um dann auf den Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung aufzurichten.

Wenn im Augenblick noch keine Gefahr besteht, daß die Streikbewegung auch unter den sächsischen Eisenbahnern entfacht wird, so muß damit gerechnet werden, daß man ver-

daran, weil gewisse Kreise unseres Volkes die neue Zeit nicht verstehen, nicht begreifen und nicht mit ihr gehen wollen. Das neue Deutschland muß aus anderen sozialen Voraussetzungen bestehen wie das alte. Wir haben in unserem alten Deutschland die Eigenschaften der Sozialpolitik oft sehr gelobt, und ich auch. Ja, gewiß, wir waren so heilig, dieser epigonalen Kapitalistengesellschaft diese Hunderte von Millionen abringen zu können für unsere armen Witwen und Waisen. Wir haben im monarchischen Deutschland der ganzen Welt den Weg gewiesen für eine vernünftige Sozialpolitik. Wenn wir heute zurückblicken, fragen wir uns, in welchem Verhältnis standen diese Aufwendungen zu dem fabelhaften Reichtum, den Deutschland in 50 Jahren erworben hatte. Denken Sie doch, welches ein armes Land wir 1870 und welches ein reiches Land wir vor dem Kriege waren, viel reicher als wir wußten, vielleicht viel reicher als wir heute noch wissen.

Wenn man unsere Zentrumsparterie in ihrer Haltung bezüglich der Verfassungsfrage nach den verschiedenen Richtungen kritisiert und draußen mancher unsere Schritte nicht versteht, so begreife ich das. Ich habe nur einen Wunsch, daß die maßgebenden Stellen entsprechende Aufklärung im Lande verbreiten. Ich bin überzeugt, dann wird unsere Wählerschaft allmählich einen anderen Eindruck bekommen. Das erste Erfordernis für die Zentrumsparterie ist allerdings, daß sie sich mit dem Gedanken abgefunden, daß wir eine neue Zeit haben, und daß es keinen Zweck hat, über altes zu trauern, sondern wir uns mit geschlossenem Mut auf den Boden der neuen Dinge stellen müssen, wenn wir im neuen Staat eine neue Gesellschaft aufrichten wollen. Und ich wüßte nicht, wer zu diesem Wiederaufbau der Gesellschaft berufener wäre als gerade die Volksguppen, die hinter der Zentrumsparterie stehen, die aus dem religiösen Fonds

suchen wird, auch unsere Kollegen für die Bewegung zu gewinnen. Seid daher auf der Hut! Laßt euch nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen! Die Verordnung über die Wahl zu den Arbeiter- und Beamtenräten wird in den nächsten Tagen erlassen. Es finden dann auf allen Dienststellen Wahlen statt. Einen politischen Streit lehnen wir unter allen Umständen ab. Nur durch Ruhe und Arbeit kann unser Wirtschaftsleben und unser Vaterland wieder gefunden. Wer zum Streik ruft oder sich unterziehen läßt, macht sich mitschuldig am Verbrechen gegenüber unserer Volkswirtschaft. Von unseren Mitgliedern erwarten wir, daß sie mit Mut und Unerschrockenheit gegen allen Streikwahnsinn Stellung nehmen und auch in schweren Stunden ihren verantwortungsvollen Pflichten nicht verfallen.

Die Chemniger Unruhen

Chemnitz, 9. August, 3 Uhr. Am Vormittag fanden zwischen Vertretern der drei sozialdemokratischen Parteien und dem Kommandeur der Reichswehrbrigade Verhandlungen statt, bei denen folgende Vereinbarung getroffen wurde:

1. Die Entscheidung der Regierung über den Beschluß bezüglich der Aufhebung des verstärkten Belagerungszustandes wird der Kommission der Parteien nach Eintreffen unverzüglich mitgeteilt werden.
2. Die gesamte Überwachung der staatlichen und städtischen Gebäude übernehmen die Chemniger Sicherheitskräfte sowie die Unteroffiziere der alten Chemniger Regimenter, die meist verheiratet und Chemniger Bürger sind. Diese Truppe wird nicht mit Stahlhelmen ausgerüstet und unterleidet sich im übrigen durch das Fehlen der Grenzjägersabteilungen von den Reichswehrtroepen. Diese genannte Truppe hat ferner die Aufgabe, alles Heeresgut zu sammeln und beim Sicherheitsbataillon in der 18er Kasernen abzugeben. Zweigstelle ist das Gasthaus zur Linde. Die drei Parteien werden den Sicherheitsmannschaften und Unteroffizieren bei ihrer Aufgabe, alles Heeresgut einschließlich aller Waffen einzusammeln, jede mögliche Unterstützung zuteil werden lassen.

3. Im Rahmen der getroffenen Abmachungen liegen, wird ohne Verletzung der inneren Stadtteile von Frankenberg über Chemnitz kommend ein Bataillon Reichswehr in die neuen Kasernen einzurücken, um den Schutz des dort liegenden Heeresgutes zu übernehmen.

4. Für ein Bataillon Reichswehr ist Chemnitz schon länger Zeit als Standort garnison vorgegeben.

5. Die politischen Gefangenen, die vom Reichswehrkommando inhaftiert worden waren, sind schon vor der Besprechung mit der Abordnung freigelassen worden. Die ausreichende Gründe zur Inhaftierung nicht vorliegen.

6. Im Anschluß an diese Verhandlungen fand im hiesigen industriellen Betriebe statt, in der die drei Vertreter der sozialdemokratischen Parteien über die fortgesetzten Verhandlungen mit dem Kommandeur der Reichswehrbrigade berieten. Im Anschluß an diesen Bericht wurde von der Versammlung beschlossen, die drei Parteien im Kraftwagen nach Dresden zu entsenden mit dem Auftrage, bei der Regierung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern.

Der gestrige Sonntag ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Zahl der Toten hat sich erfreulicherweise über die gemeldeten 25 nicht erhöht. Der Arbeiterrat für den Industriebezirk Chemnitz richtete an die Chemnitzer Bevölkerung folgenden Aufruf: „Alle Personen, die im Besitz von Waffen befinden, haben diese sofort im Gasthaus Linde oder in der Hauptwache der 18er Kasernen abzugeben. Ebenso ist alles an Lauch der Unruhen von Zivilpersonen weggeführte Heeresgut wieder abzugeben. Wer bis Dienstagabend eventuell im Besitz befindliches Heeresgut oder Waffen abgibt, bleibt unbehelligt. Bei Kenntnis von unrechtmäßigen Waffenbesitzern hat auch diese der Militärpolizei des Arbeiterrates melden. Die Sicherheitsstruppen und die Militärpolizei sind berechtigt, die Waffen entgegenzunehmen oder Durchsuchung vorzunehmen.“

Die Forderungen der Stunde

aus der Rede des Reichsministers Wiessner in Eisen.

Wir stellen uns auf den Boden der Dinge, wie sie ohne uns und gegen uns geworden sind, einzig von dem Gedanken geleitet, unter dem Namen deutsches Volk zu retten, unser armes, deutsches Vaterland wieder aufzubauen, alle Kräfte heranzunehmen und überall mitzuarbeiten, auch mit den uns feindlich und fremd gesinnten Parteien, auch bei einer Staatsverfassung, die nicht unserem Innern entspricht. In diesem Augenblick gibt es nur das eine: Ordnung, Ruhe und ein neues Staatsleben schaffen, und ich habe das Vertrauen, daß die Republik die Aufgabe lösen wird. Wenn man jetzt die Zustände schon als Frucht der Revolution und der Republik betrachtet will, ist das grundverkehrt und falsch. Diejenigen, die heute abfällige Bemerkungen über die Republik machen, täten viel besser, mitzuarbeiten, um aus diesen Erscheinungen herauszukommen. Ich glaube, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung es nicht an Denksfähigkeit haben fehlen lassen. Was Rosa Luxemburg in Deutschland zur Niederämpfung der inneren Revolution, das steht an den größten Ruhm irgend eines Feldherrn. Denn die Entschlossenheit und Entschiedenheit, mit der auch Ministerpräsident Bauer dieser Tage in einer Rede offen Stellung genommen hat gegen die wilden Streike, die kommunistischen und spartakistischen Ausschüsse, das ist aller Ehren wert und anzuerkennen, daß es ein Mann gesprochen hat, der als Sozialdemokrat 20 Jahre in der revolutionären Arbeit gewirkt hat. Man darf an ihm und seinem ehrlichen Willen nicht zweifeln. Daß die Regierung nicht sofort Ordnung und Ruhe schafft, das liegt an den bestürzten Widerständen, dann aber auch, meine Herren,

ihres Bewußtseins all die Kräfte nehmen können, um wirklich innerhalb der neuen Gesellschaft Gerechtigkeit und Liebe zu verbreiten. Wenn wir unser armes Volk jetzt anleben, innerlich verarmt an religiösen Idealen, innerlich zermürbt durch Entfittlichung, in politischen Dingen irreführt, dann sage ich mir: wir haben eine Mission aufgabe, um unserem Volke die sittlichen Ideale wiederzugeben, ihm das Vertrauen zu seinem Leben, seinem Lande, seinem Herrgott wiederzugeben. Anstatt zu nörrchen und zu kritisieren, sollen wir uns auf diese neuen Aufgaben unsere ganze Literatur und Denkwelt einstellen.

Zentrum und Sozialdemokratie

Aber man wird sagen: Wir müssen doch mit diesen gottverdamnten Sozialdemokraten zusammen sein. Daß die Sozialdemokraten mich nicht lieben, davon sind Sie Zeuge in den Wahlkämpfen gewesen, daß ich sie nicht liebe, das wissen Sie auch. Aber wir müssen noch eins voraussehen, die Widersprüche, die zwischen uns und der Sozialdemokratie bestehen, sie bestehen viel mehr auf derlei und religiösem Gebiet als auf allen anderen politischen Gebieten. Wir müssen als Christen bestrebt sein, das Los der Menschheit zu lindern, für die ärmsten Menschen Rechtszustände zu schaffen, die ihnen das Leben lieb und wert machen. Darum die Fürsorge für die Arbeiterlasse. Das ist wenig gesagt, nein, das ganze Programm hinauszuheben aus seiner beängstigenden sittlichen und religiösen Verrohung, es herauszuheben in ein neues Milieu, das durchzuführen, was von unseren katholischen Arbeitervereinen seit zehn Jahren gepredigt wird, dem Arbeiter innerliche Ideale zu geben, Lebensglauben zu geben und ihm den Gedanken abzugewöhnen, daß er nur ein Arbeitstier ist. Da treffen wir uns mit den besten Geistern aus der Sozial-

Dresden, 10. 8. Es haben am Sonntag vormittag Verhandlungen stattgefunden zwischen dem Minister für Militärdienst, Herrn Kirchhoff, und den Generalen v. Eldershausen und Müller einerseits und einer Deputation der Chemnitzer Arbeitererschaft andererseits. Von Seiten der militärischen Stellen wurde zugesagt, daß die Verschärfung des Belagerungszustandes durch Festsetzung einer Sperrstunde aufgehoben werden könne, falls sich zeigt, daß die Arbeiterorganisationen selbst die Innehaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeizuführen in der Lage sind. Es wurde ferner in Aussicht genommen, daß unter der gleichen Voraussetzung von der Einsetzung außerordentlicher Gerichte im allgemeinen Abstand genommen werden könne, daß aber ein besonderes Gericht eingesetzt wird zur Unterbindung der Vorgänge am 7. und 8. August, insbesondere also der Vorgänge am Bahnhof. Die Mitglieder der Deputation wollen sich bemühen, in der Montag früh stattfindenden Besprechung der Angestellten- und Arbeiterausschüsse im obigen Sinne zu wirken und hoffen, daß es gelingen wird, weitere militärische Maßnahmen entbehren zu lassen. Von dem Minister und den beiden Generalen wurde den Mitgliedern der Deputation kein Zweifel darüber gelassen, daß die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in Chemnitz in jedem Falle durchgeführt werden wird.

Bankangestelltenstreik

Hamburg, 10. August. Die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar führten zu keinem Ergebnis, da die Vertreter der Bankangestellten nur beauftragt waren, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 31. Juli herbeizuführen. Das Vermittlungsangebot, das auch den Berliner Angestellten vorgeschlagen wurde, wurde zwar von den Vertretern der Bankangestellten zur Kenntnis genommen, in einer Sitzung der Angestellten- und Potenausschüsse der Hamburger Girobanken berieten aber als ungenügend abgelehnt. An den Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar nahm auch der gestern hier eingetroffene Führer des Allgemeinen Bankbeamtenvereins Marx teil.

Da schon im Laufe des gestrigen Nachmittags, noch bevor die Verhandlungen beendet waren, bekannt wurde, daß der Demobilisierungskommissar die Verbindlichkeiten des Schiedspruches nicht herbeiführen könne, hatten die Angestelltenausschüsse auf Drängen der Angestellten die Abstimmung über den Streik vornehmen lassen. Von den Angestellten der Deutschen Bank, der Vereinsbank, der Kommerz- und Diskontobank, der Darmstädter und der Mitteldeutschen Kreditbank stimmten 1261 für, 211 gegen den sofortigen Streik, etwa 30 enthielten sich der Abstimmung. Bei der Norddeutschen Bank erfolgt die Abstimmung Montag früh. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß auch hier ein zustimmender Beschluß zustande kommen wird. Am heutigen Sonntag früh versammelten sich die Bankangestellten in verschiedenen Lokalen, um die notwendigen weiteren Schritte festzusetzen.

Das Betriebsrätegesetz

Berlin, 9. August. Das künftige nunmehr im Entwurf veröffentlichte Betriebsrätegesetz tritt an die Stelle des von dem Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen handelnden Abschnittes der Verordnung vom 23. Dezember 1918. Die alten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse werden beibehalten. Der einheitliche Betriebsrat setzt sich aus einer Arbeiter- und Angestelltengruppe zusammen. Die Gruppen werden von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes entsprechend ihrem Zahlenverhältnis und nach den Grundrissen der Verhältniswahl gewählt. Es umfaßt Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, wie auch die freien Berufe, ausgenommen nur die See- und Binnen-schiffahrt, die einer besonderen Regelung bedarf. Ein Betriebsrat ist in jedem Betriebe mit mindestens 20 Arbeitnehmern beschäftigt zu bilden. In Betrieben von 5-20 Arbeitnehmern ist die Wahl von Obmännern vorgegeben, die gleiche Rechte und Pflichten haben, wie die Betriebsräte, mit Ausnahme des Mitbestimmungsrechtes bei Einstellungen und Entlassungen. Die großen staatlichen Unternehmungen, besonders die Ver-

kehrsanstalten erhalten ein von der untersten Stelle bis zur Spitze sich gliederndes System von Räten. Das aktive Wahlalter beträgt 18 Jahre, das passive 20. Die Wählbarkeit erfordert ferner 6monatliche Betriebs- und 3 Jahre Gewerbezugehörigkeit. Die Wahlperiode des Betriebsrates beträgt ein Jahr, doch kann eine frühere Abberufung durch qualifizierte Mehrheit erfolgen. Die Aufgaben der Betriebsräte liegen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete. Sie sind Organe für die Durchführung der Tarifverträge, mangels solcher für die in Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern sich vollziehende Regelung aller Arbeitsverhältnisse. Sie legen zusammen mit den Arbeitgebern die Arbeitsordnung fest. Sie haben das Einvernehmen unter der Arbeitererschaft und mit den Arbeitgebern zu fördern und sollen in Streitfällen für gerechte geheime Abstimmungen sorgen. Wohlfahrtseinrichtungen verwalte künftig der Betriebsrat zusammen mit den Arbeitgebern. Der Betriebsrat hat das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, bei denen ein Einpruch, soweit nicht die Entlassung aus wichtigen Gründen fristlos erfolgt, den Arbeitgeber zu Verhandlungen nötigt. Erfolgt keine Einigung, so entscheidet endgültig der Schlichtungsausschuß, der auch im übrigen für den ganzen sozialen Aufgabenkreis zuständig ist. — In die mit Aufsichtsräten ausgestatteten Unternehmungen entsendet er 1-2 seiner Mitglieder nach dem dortigen noch zu erlässenden Gesetz. Er hat ein Recht darauf, Aufschluß über alle die Arbeitnehmerarbeit betreffenden Betriebsvorgänge, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, zu verlangen. In Unternehmungen, die Handelsbücher zu führen haben und mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, kann er vom 1. 1. 1920 ab jährlich eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung verlangen. — Die Mitglieder des Betriebsrates sind durch Strafbestimmungen gegen Benachteiligungen geschützt. Auch können sie nur mit Zustimmung des Betriebsrates entlassen oder veretzt werden, vorbehaltlich der Entlassung aus wichtigen Gründen. Die Geheimhaltung der dem Betriebsrat mitgeteilten Geheimnisse ist durch Strafverordnungen gesichert. — Auf die weitere Katergehobung, die über die Betriebsräte hinaus Arbeiter und Wirtschaftsräte schaffen soll, ist in dem Gesetz, das somit die unterste Stufe des Räteystems darstellt, bereits mehrfach Rücksicht genommen.

Der Streit um die Friedensmöglichkeit

In der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird von besonderer Seite unter der Überschrift „Wie ich es auffasse. Herr Michaelis und die Friedensföhler“ ein Artikel veröffentlicht, der sich gegen die Michaelis-Hindenburg-Ludendorff-Selbstverpflichtungserklärung über die Vorgänge vom September 1917 wendet. Wenn Herr Michaelis seine und die Haltung der Regierung zu rechtfertigen suchte dadurch, daß er die Ernsthaftigkeit des englischen Friedensföhlers wühmnet, so hat er immer noch nicht verstanden, worauf es ankommt. Die damalige Regierung ist nicht unschuldig, weil die Engländer es am ernsthaften Friedenswillen haben fehlen lassen, sondern sie handelte schuldhaft, weil sie ernsthaften Friedenswillen niemals bewies. Die Regierung erkaufte ganz richtig in der belgischen Frage das Kennzeichen der Friedensoffiziere. Trotzdem und trotz des Versprechens an die Parteiführer hat sie sich niemals zu einer Erklärung über Belgien verhalten können. Gerade die Stellen, die die größte Macht und den stärksten Einfluß hatten, waren am weitesten entfernt von einer Zustimmung zu einer solchen Erklärung. Dies geht am klarsten aus dem Schreiben des Herrn Michaelis an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg vom 12. September 1917 hervor, in dem er diesem mitteilt, daß er die Forderung der Obersten Seeresleitung in seine Vermittlungspläne aufgenommen habe. Durch Sarnsworthe Darlegungen im Unterhause ist der schlüssige Beweis geliefert, daß auch der neutrale Vermittler zu einer Erklärung von deutscher Seite nicht ermächtigt war. Und Sarnsworthe begründet ja auch das Scheitern jedes weiteren Friedensgespräches damit, daß die deutsche Regierung keine Erklärung über Belgien abgegeben habe. Der Artikel schließt: Herr Michaelis führt durch seine ganze Darstellung, die sich be-

zeichnenderweise auf das Zeugnis von Herren stützt, die bis vor kurzem feierlich erklärt haben, sie wüßten von der ganzen Angelegenheit nichts, lediglich den Beweis, daß auch über seiner Leitung der auswärtigen Politik und seiner Einwirkung von Begriffen der territorialen Integrität und Souveränität die verhängnisvollen Worte stehen: „Wie ich sie auffasse.“

Balkanprobleme

Als im vorigen Jahre der Südlawentat gegründet wurde, tauchten im Kreise der Deutschen sofort Zweifel darüber auf, ob diese drei Völker sich denn auch vertragen würden und es wurde auf die fortwährenden Streitigkeiten dieser drei Völker hingewiesen, die sich schon seit Jahrhunderten hinziehen sind. Tiefen Nachrichten aber wurde in der Auslandspresse kein Glaube geschenkt. Sie findet aber jetzt durch die jüngsten Ereignisse, die sich in Marburg abgepielt haben, ihre Bestätigung. Dort haben bekanntlich serbische, kroatische und slowenische Soldaten aufeinander geschossen; es gab eine förmliche Schlacht und Hunderte von Toten und Verwundeten. Die Veranlassung für diesen Zwist liegt in dem herrlichen Auftreten der Serben, die in Sprache und öffentlichen Einrichtungen ihr eigenes Wien allenthalben an die Spitze gestellt wissen wollen und in der angeblich schlechten Behandlung slowenischer Soldaten durch serbische Offiziere. Aber die letzte Ursache der Feindschaft dieser Völker liegt viel tiefer: es sind uralte nationale Differenzen, die immer wieder hervortreten, der Unterschied der Religion, vor allem aber die ganz verschiedene Geistesrichtung der drei Völker, welche die Plannen des nationalen Hasses immer wieder emporlodern lassen. Dieser Antagonismus besteht nicht nur zwischen den Serben und Kroaten, sondern auch zwischen diesen und den Slowenen. Diese haben seit ihrem ersten Auftreten in der Geschichte unter dem Einfluß germanischer und deutscher Kultur, sie wollen von den Kroaten aus wirtschaftlichen Gründen nichts wissen und haben sich bisher unter der alten Herrschaft zufrieden und glücklich geföhlt, die sie nie als eine Fremdherrschaft empfanden. Die Kroaten können auf eine weit zurückliegende selbständige Staatsentwicklung zurückblicken, sie haben sich jederzeit von der türkischen Herrschaft frei gehalten und freiwillig an Ungarn angeschlossen, in dessen Staatsverband sie eine ziemlich freie Stellung einnahmen. Die Serben hingegen haben sich erst am Anfang des 19. Jahrhunderts von der Türkenherrschaft, unter der sie 500 Jahre lang standen, losgeremdet, der größte Teil des Volkes aber wurde erst innerhalb der letzten 30 Jahre von dem Joch der Osmanen befreit. Auch unter sich sind die Serben keineswegs einig. Die Vöosier wollen von den Reichserben ebensowenig wissen, wie die Montenegroer, und sie wissen auf ihre geschichtliche Vergangenheit und verlangen eine selbständige politische Stellung und sind jetzt heute noch größtenteils Mohammedaner. Bezeichnend ist es, daß Vöosien heute von den serbischen Machthabern allseitig herrschaftlich abgepörrt wird; man kann sich vorstellen, daß mit einer starken Öörung herrscht, der die jetzigen Machthaber idenisch Herr werden können.

Ernst Häkel +

Weimar, 9. August. Heute nach verstarb im Alter von 86 Jahren Professor Ernst Häkel in Jena. Er war schon lange Zeit leidend.

Drohender Schulstreik in der Oberpfalz

München, 10. August. Laut „Mannheimer Generalanzeiger“ scheint in der ganzen bayerischen Oberpfalz ein Schulstreik bevorzustehen. Wie die „Ansbacher Zeitung“ hört, beabsichtigen die katholischen Eltern der gesamten Oberpfalz mit Beginn des neuen Schuljahres ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken, wenn die bayerische Regierung ihren durch die Bayerische Volkspartei vorgebrachten Wünschen und Anträgen nicht Rechnung tragen sollte.

Die römische Frage und der Völkerverbund

Demys Cochin tritt im Pariser „Figaro“ für eine internationale Regelung der römischen Frage ein, im Sinne des ehemaligen italienischen Ministers des

demokratie. Sie mag einen anderen Weg einschlagen als wir. Unsere Wege scheiden sich in Kulturfragen. Die Sozialdemokratie wird sich früher oder später sagen, daß die Art der Lösung der Kulturfragen, wie wir sie erstreben, im Sinne eines gesunden Volkstums, im Sinne einer gesunden Neorganisation der ganzen Gesellschaft, in sozialer Hinsicht ihren Bestrebungen nicht bloß nicht im Wege steht, sondern sie auch aufs allereifrigste fördert. Wie die Dinge liegen, müssen wir uns gegenläufig Luft, Licht und Leben gönnen. Daraus resultiert nicht, zwischen der Sozialdemokratie und uns ein Bündnis auf ewige Zeiten zu schließen, oder sich mit ihr zu verbrüderern. Daraus resultiert nur, daß diese beiden Parteien in dieser schweren, verantwortungsvollen Zeit das Opfer auf sich nehmen, Deutschland aus dem Chaos und Untergang zu retten, den öbrlichen Versuch machen, eine Verfassung zu schaffen, auf der ein neues Staatswesen aufgebaut werden kann. Sozialdemokratie und Zentrum werden auch bei den nächsten Aufgaben zusammenarbeiten müssen. Oder glauben Sie, daß die Steuerfragen, das Steuerprogramm, das Erzberger jetzt der Nationalversammlung vorgelegt hat, etwa mit den Reichsnationalen und Demokraten zu erledigen wäre? Nein, dazu gehören Parteien, die wirkliche Idealität haben, den Besitz hinter den Menschen zu stellen und die Gesamtheit voranzustellen. Mit den Steuern wird es allerdings böie. Sie werden eine Kraftprobe darauf sein, wie weit die Opferwilligkeit für die neue Zeit geht. Der Ring den Erzberger schlägt, ist so hart, daß ihm kein Kapitalist entgegen kann. Der Ring ist so scharf, daß auch die hochwohlhüllischen Arbeiter ihm nicht mehr entweichen können, und es werden manche unserer Kollegen, die jetzt während des Krieges sehr hübsche Löhne verdient haben, sich nun-

dem über die von ihnen mit Leidenschaft vertretene Einkommensteuer. Wir müssen die Summen für die öffentlichen Bedürfnisse aufbringen, aber auch eine sparsame Wirtschaft einföhren. Erzberger hat Dinge angeführt, wobei offen gesagt wird: Am 1. Oktober hat die Kriegswirtschaft ein Ende. Dann tritt wieder die ordnungsmäßige Friedenswirtschaft ein. Am 1. Oktober müssen alle Zinssuren verschwinden. Es gibt ganz gewaltige Manipulationen, die durchzuführen sind, wobei wir nicht auf die Popularität bauen, sondern auf die Anhängererschaft der Wähler des Zentrums und der Sozialdemokratie. Sie können uns darüber wirklich keinen Vorwurf machen, wir folgen einem Gebot der Notwendigkeit, wir folgen damit den Interessen unseres Volkes. Darum soll man aus kleinen Dingen keine große Aktion machen.

In dieser harten Zeit muß bei uns in der Zentrums-partei alle Kritikhaß und Rörgelhaß beiseite gesetzt werden. Da muß der Gedanke in dem Vordergrund stehen, daß wir, die Zentrums-partei, die Aufgabe haben, mitzuarbeiten und mitzuwirken, alles zu stützen und alles zu fördern, was geeignet ist, die Zukunft des neuen Deutschlands zu sichern, wie wir es als unsere Pflicht und unser gutes Recht betrachten, alles in die neuen Entwicklung zu bekämpfen, was uns ungesund und schlecht erscheint. So verlangen wir energische Maßnahmen gegen die unangenehmsten bolschewistischen Straß. Wir wünschen, daß möglichst bald die Völkerverbund wiederkehrt in unserem Volke. Es ist keine Phrase, was in die Verfassung hineingeföhren wurde, daß jeder die Pflicht zur Arbeit hat. Wenn Deutschland nicht arbeitet, dann geht es zugrunde. Und wenn wir nicht bald lernen, wieder tüchtig zu arbeiten und pflichtgetreu zu arbeiten, wird das Schicksal Deutschlands endgültig besiegelt sein. Darum gilt

für uns für die Zukunft pflichterene Arbeit und Wiederaufbau auf dem Boden der neuen Rechte, die wir haben. Und diese Arbeit können wir leisten im Bewußtsein, daß das Resultat der Gesamtheit zugute kommt. So bitter das Gefühl ist, daß unsere Feinde uns heute Bedingungen auferlegt haben, so bitter ist es, zu empfinden, daß die Unkosten des Krieges im eigenen Lande große Summen verschlingen, alles das kann uns nichts nützen. Wollen wir das Schicksal von uns abwehren, dann muß unsere Wirtschaft möglichst schnell wieder in Schwung kommen.

Ich habe das feste Vertrauen, daß, wenn das deutsche Volk seinen Kriegs- und Revolutionsjahrejammer ausgeschloßen haben wird, wieder seine Arme und seine Geister regt und die ganze Welt über seine Leistungen und Arbeit in Erstaunen setzt. Wir müssen uns in Geduld fassen, langsam wieder aufbauen. Diese Hoffnung und dieses Vertrauen müssen wir für die Zukunft haben. So wollen wir auch sagen, daß dieses harte Schicksal, das unser Herrgott über unser Vaterland geschickt hat, mit dazu bestimmt ist, die Menschheit innerlich zu läutern und den Menschen vor die Augen zu stellen, daß alles Irdische nichts ist und das letzte Ziel wo anders liegt, als in gefüllten Fleischtopfen und genußlüchtigem Leben, daß das letzte Ziel darüber hinausgeht. Wir in der Zentrums-partei, wir haben die Missionsaufgabe, im neuen Deutschland die hohen sittlichen Ideale zu vertreten und zu verteidigen, den Glauben an diese sittlichen Ideale bei der Menschheit wieder zu heben, den sie verloren hat. Ich bin überzeugt, wenn wir konsequent arbeiten, dann leisten wir die beste Arbeit im Dienste unseres Volkes, im Dienste unseres Vaterlandes und zuletzt auch im Dienste Gottes.

Neuern von 1870, Grafen Visconti-Venosta. Er macht darauf aufmerksam, daß viele Schwierigkeiten des Papstes erledigt sind, wenn, um die Unabhängigkeit des Papstes zu sichern, der Völkerbund die Verpflichtungen und Vor schläge der Minister Langa und Visconti-Venosta ratifizieren wollte, die diese vor der Einnahme Roms gegenüber dem interessierten Staaten gemacht haben.

Ein deutschböhmisches Generalvikariat

Die Prager „Korad Politička“ teilt mit, daß die deutschböhmische katholische Geistlichkeit die Errichtung eines eigenen Generalvikariats mit dem Sitze in Eger gefordert hat. Dieser Wunsch ist begründlich, weil bekanntlich die Tschechen durch eine Deputation in Rom die Errichtung eines eigenen Patriarchates für die Tschechoslowakei, kirchliche Selbstregierung, tschechoslowakische Bischofsstühle, Aufhebung des Jölitates usw. gefordert haben.

Nachrichten aus Sachsen

Falsche Meldung

Ein dänisches Blatt meldet, daß der Prinz von Wied versucht habe, vermittels eines Flugzeuges Wertpapiere und andere Wertgegenstände nach Schweden zu schaffen, die dem König von Sachsen gehören sollen. Der zuständige Verwalter des früheren Königs erklärt diese Meldung für vollständig unrichtig. Die Regierung wird voraussichtlich eine Untersuchung einleiten.

Beamtenbefolndungsreform

Dresden, 10. August. Die in den letzten Tagen durch die Presse gegangenen Nachrichten über den Stand der Vorarbeiten für eine umfassende Befolndungsreform für die Staatsbeamten usw. entsprechen, wie wir hören, nicht allenthalben den Tatsachen. Die sächsische Regierung hat zwar solche Vorarbeiten eingeleitet und auch der Volkstammer zugesagt, sich möglichst schon in der Herbsttagung mit ihr über die hierbei in Betracht kommenden allgemeinen Grundsätze und Richtlinien zu verständigen. Bei der Schwierigkeit des Stoffes aber, der insbesondere wegen des bevorstehenden Ueberganges verschiedener bisher sächsi scher Verwaltungszweige an das Reich ein enges Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung erfordert, haben die Vorarbeiten bisher noch nicht soweit gefördert werden können, daß es möglich gewesen wäre, Verhandlungen mit den Vertretern der Beamten einzuleiten oder irgend welche Grundsätze festzulegen. Alle Mitteilungen hierüber beruhen

lediglich auf Vermutungen. Tatsache ist nur, daß die Regierung ernstlich bemüht ist, durch mögliche Beschleunigung der Arbeiten die Befolndungsverhältnisse der Staatsbeamten, Lehrer usw., sobald es die Verhältnisse nur irgend wie zulassen, zeitgemäß und befriedigend zu regeln.

Postverkehr nach Amerika

Für gewöhnliche Briefe und Postkarten nach den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen zurzeit folgende Beförderungsgelegenheiten. 1. jeden Dienstag und Freitag von Kopenhagen über Hull; 2. am 13., 24., 31. August und 12. September von Kopenhagen über Christiania ohne Anlaufen weiterer Häfen mit dänischen Schiffen; 3. jeden Montag, Mittwoch und Freitag von den Niederlanden über Folkestone; 4. am 16. August, 9. und 27. September und 18. Oktober von Christiania über Großbritannien mit norwegischen Schiffen; 5. Mitte August von Kopenhagen unmittelbar nach New York; 6. über Le Havre, Postabgang von Genf jeden Sonntag, 4. 5. Zu 1. und 2. Weiterbeförderung von Großbritannien nach Amerika mit britischen Schiffen. Sendungen ohne Zielvermerk werden den dänischen Schiffen (zu 2) zugeführt. Wünscht der Absender die Beförderung mit anderen Schiffen, so sind die Sendungen mit dem Zielvermerk über Kopenhagen-Hull oder über Niederland oder über Christiania mit norwegischen Schiffen oder über Gotenburg oder über Frankreich zu versehen. Ob die über Großbritannien und Frankreich gehenden Sendungen in diesen Ländern noch der Zensur unterliegen und wann sie von dort weiterbefördert werden ist nicht bekannt.

Leipzig, 9. August. Zur Streikbewegung im Leipziger Buchhandel teilt die Ortsgruppe Leipzig des Arbeitgeberverbandes der deutschen Buchhändler folgendes mit: Am 9. August 1919 ist die Buchhandlungsgehilfschaft und die kaufmännische Angestelltenchaft des Leipziger Buchhandels in den Ausstand getreten, obgleich die auf Grund des Vorschlages des Arbeitgeberverbandes begonnene Einigungsverhandlungen mit den Markthelfern fortgesetzt worden sind und vor einem für beide Teile annehmbaren Abschluß stehen, hat die Gehilfschaft diese auf gleicher Grundlage begonnene Verhandlungen abgebrochen mit der Begründung, daß der Vorschlag des Arbeitgeberverbandes für sie nicht einmal zu verhandeln wäre.

Die Nationalversammlung

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft

Nach einem in der Freitagssitzung gefaßten Entschluß finden erst heute die Erklärungen der einzelnen Parteien zu der Rede und Programmwidmung des Reichsschatzministers statt. Die Fraktionen haben inzwischen auch genügend Zeit gehabt, Stellung dazu zu nehmen. Den gut

ausgearbeiteten Reden der einzelnen Abgeordneten meißt man es denn auch an, daß man sich ziemlich eingehend mit dem Beratungsstoff beschäftigt hat. Die Sozialdemokraten begrüßen, wie ja auch nicht anders zu erwarten war, das Sozialisierungsgezet, fordern aber gleichzeitig, daß nun auch mit der Verstaatlichung der Verkehrsmittel, der Kohlenbergwerke und der Wasserkraften begonnen werde. Durch solche Maßnahmen erhofft man eine Niedrigzwangung des Kapitalismus und eine Gesundung der Reichsfinanzen. Der freundlichen Einladung an das Reichsschatzministerium, nun gleich alles zu sozialisieren, tritt der Zentrumsredner Leicht warnend entgegen. Gerade diese Frage müsse mit besonderer Vorsicht behandelt werden. Der Redner befürwortet dann auch die Erhaltung der kleinen Wirtschaftsbetriebe, und darin stimmen ihm auch die anderen bürgerlichen Parteien bei. Leicht schneidet dann auch noch die Finanzfrage an und fordert vom Reichsschatzministerium darüber schnellstens Aufklärung. Zur genaueren besseren Prüfung aller Einwände, die gegen das neue Gesetz erhoben werden könnten, hält Redner die Ueberweisung an eine Kommission dringend notwendig. Mit dem demokratischen Redner Wieland kommt ein Bayer zu Wort, der natürlich für die Interessen seines Landes einstehen muß. Der Abgeordnete verkennt durchaus nicht, daß in der Sozialisierung manche Vorteile für das Reich erwachsen, mahnt aber die einzelnen Bundesstaaten nicht zurückzutreten. Auch er tritt für eine Ueberweisung an die Kommission ein, was dann auch der Reichsschatzminister befürwortet. Der Abgeordnete Pieling von der deutschen Volkspartei sucht die Mängel, die in der Vorlage noch bestehen, herauszugreifen. Eine Beschlußfassung in diesem Augenblick findet er verfrüht. Zu der vorgelegenen Kommission müßten Vertreter aller Parteien zugezogen werden und auch Leute, die auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft hantieren, gefragt werden. Die gleiche Ansicht vertritt der Redner der Zentrumspartei. Nur die Unabhängigen haben, wie immer, viel an dem Gesetze auszusetzen. Mit Bedauern stellt er fest, daß die Regierung immer zu lange zögere, um die berechtigten Wünsche des Volkes nach Sozialisierung der Betriebe und Wädigung und Ausschaltung des Kapitalismus zu erfüllen. Das alte Lied, das man immer zu hören bekommt, wenn die Unabhängigen nichts zu sagen wissen. Nachdem auch der Reichsschatzminister nochmals für Ueberweisung an die Kommission eingetreten ist, beschließt das Haus demgemäß. Damit hat auch die heutige Beratung ihr Ende erreicht.

Lebensmittelartenbelieferung für die Stadt Dresden habe „Antliche Bekanntheit“

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: J. B. Dietrich & Weber; für den Anzeigenteil: Walter Schrader. Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.

Die glückliche Geburt eines gesunden Mädchens zeigen hocherfreut Georg Hasche und Frau Anna geb. Eckert. Chemnitz, Kanzlerstr. 37, den 10. August 1919.

Für die zur Verlobung uns gewidmeten liebevollen Wünsche und freundlichen Gaben bekunden wir hierdurch unseren herzlichsten Dank. Ostritz, den 8. August 1919. Gertrud Riki und Bruno Hübner

Am 5. d. M. verschied in Wörishofen unser längjähriges Mitglied, Herr Lehrer Bruno Traxler, seit 1911 erster Schriftführer des Vereins. In dem Dahingeschiedenen betrauert der Vincentiusverein eines seiner treuesten Mitglieder, einen unermülich tätigen Vincenzbruder. Gottes reichster Lohn möge ihn zuteil werden für die aufopferungsvolle Arbeit im Dienste der christlichen Nächstenliebe. St. Vincentiusverein zu Leipzig. Superior Stranz, z. Z. Vorsitzender. Die hl. Messe für den Verstorbenen wird Donnerstag den 14. August in der St. Trinitat.-Pfarrkirche um 7 Uhr gelesen.

Dresdener Lehranstalt für Musik. Direktor: Organist Paul Walde. Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25. Sprechz. 12-1 A. Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus. Versuche und Ausbildungskurse (Grund-, Mittel-, Oberstufe). Aufnahme von Musikern und Volkssängern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Lanté, Mandoline u. s. w. Theorie, Zusammenklang, Musikgeschichte, Dirigierlehre, Kirchenmusik, Schiller-Orchester- und Chorklassen. Musikwissenschaftliche Vorlesungen, Kompositionen, Abend-, Schüler-Vortragsabende und Konzerte. Aufnahmen: Eintrittsdarstellung am Samstag, wochentags 8-7 Uhr.

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen

Im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Klubs zu Breslau herausgegeben von Dr. J. Negwer, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Soppelt.

- Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto.
Heft 2: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche und die Stellung der deutschen Katholiken zu demselben. Von Professor Dr. F. X. Soppelt.
Heft 3: Trennung von Schule und Kirche? Von Dr. Negwer.
Heft 4: Vorsehung und Völkerschicksale. Von P. Otto Co. hausz S. J.
Heft 5/6: Grundrissliches zum Programm des Zentrums als einer christlich-demokratischen Volkspartei. Von Dr. G. Schlemmer.
Heft 7: Freiheit für unsere Oden. Von Konfistorialassessor Dr. Oskar Wollst.
Heft 8: Die Sozialdemokratie am Ruder! Von Dr. Nieder.
Heft 9: Neue Rechte und Pflichten der katholischen Frau. Von P. Augustin Ködler, C. S. S. R.

Preis jeden Heftes 50 Pf., portofrei zugesandt 55 Pf., des Doppelheftes 1 Mk., portofrei 1 Mk. 10 Pf.

Sämtliche Hefte sind durch die Geschäftsstelle der „Sächs. Volkszeitung“ zu beziehen u. bitten wir um Bestellung nach Folbeinstr. 46.

Künftige Bekanntmachungen

Wohlverteilung. Das Gebiet des Stadt Dresden wird folgendes bestimmen: 1. Bei Aufhebung des alten, roten, grünen und blauen Straßenschildes ist anzunehmen, daß die Straßennamen in der neuen, roten, grünen oder in ein halbes Pfund amerikanisches Weizenmehl oder in ein halbes Pfund inländisches, bis zu 84 Prozent ausgemahlten Weizenmehl verteilt. 2. Der Bezug von inländischem 64prozentigen Weizenmehl ohne Anmeldeung ist in der Zeit vom 11. bis 16. August 1919 zulässig. 3. Die Einzahlung der befristeten Abkante durch die Geschäftsinhaber beim Reichsamt für Wirtschaft bis zum 20. August 1919 zu erfolgen.

§ 6. Für den Bezug von amerikanischem Weizenmehl ist die Verwendung am 11. oder 12. August 1919 zu erfolgen. Rückverpflichtungen für den Handel mit amerikanischem Weizenmehl unterliegen. Die Geschäftsinhaber haben die Abkante am 13. August 1919 beim zuständigen Reichsamt einzureichen. Nachmeldungen sind ausgeschlossen. Die Weizenkarte des Bezugsnehmers an einen zugelassenen Großhändler hat am 14. August 1919 zu erfolgen. Abgabe an die Verbraucher am 18. August 1919. Eine Abgabe vor diesem Tage ist verboten. § 4. Der Preis für 1 Pfund amerikanisches Weizenmehl bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt für alle Kaufmänniker einheitlich 88 Pf., für ein Pfund inländisches 64prozentiges Weizenmehl 82 Pf. § 5. Die Bestimmungen in § 6 Absatz 3 (Durchreichung der Weizenkarte) sind in § 7 (Strafbestimmungen) der Bekanntmachung vom 31. Mai 1919 dieselben in Kraft. Dresden, am 9. August 1919. Der Rat zu Dresden.

Erhöhung der Speisefettzation

- 1. Infolge Anordnung des Wirtschaftsministeriums, Landesstellen, sind von jetzt ab auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung bis auf weiteres wöchentlich 90 Gramm Speisefett als ordentliche Ration zu verteilen.
2. Die bereits zur Ausgabe gelangten und noch nicht belieferten Landesfettkarten der Stadt Dresden über 62 1/2 Gramm bzw. 80 Gramm lautend, werden künftig mit 90 Gramm bzw. 120 Gramm beliefert.
3. Urlauber sowie in Dresden zuziehende Personen erhalten vom 10. August 1919 an auf die in den bekannten Urlaubsgescheften vorzuliegenden Urlauber- und Landesfettkarten der Stadt Dresden ebenfalls die erhöhte Speisefettmenge.
4. Die nach der Reichsbeschlusse vom 28. Oktober 1918 bei den Reichsämtern eingereichten Landesfettkarten einschließlich der Vorratsscheine sind bei der Austrichtung der Vorratsscheine durch die Reichsämter nach der erhöhten Menge zu berechnen.
5. Eine Erhöhung der auf den Krankenjahrscheinen angegebenen Fettmenge tritt nicht ein. Dresden, am 8. August 1919. Der Rat zu Dresden.

Verteilung von Teigwaren

- § 1. Auf Grund des § 30 der Lebensmittelkarte (3. bis 80. August 1919) wird ein Pfund Teigwaren verteilt.
§ 2. Die Anweisung ist in einem Kleinhandelsgeschäft am 11. oder 12. August 1919 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufzugeben und verpackt der zuständigen Meldestelle am 13. oder 14. August 1919 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.
§ 3. Als Meldestellen sind eingerichtet: a. für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdener Kolonialwarenhandeler m. b. H. in Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdener Kolonialwaren- und Produktenhändler in Dresden die wiederholt bekanntgegebenen Stellen, b. im übrigen die Firmen: Wachs & Fichtner, Wallgärten 4. Hossak & Baldamus, H. Bachhofstr. 8. Pramann & Co., Königsbr. Str. 6. Merbitz & Meckler, Döblenstr. 11. Schrader & Co., H. Bachhofstr. 6.7. Adolf Schreiber, Furlenstraße 10.
§ 4. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 10. August 1919 erfolgen.
§ 5. Der Preis der Abgabe an die Verbraucher beträgt für Wasserware aus 80prozentigem Mehl 70 Pf. für ein Pfund Teigwaren, 88 Pf. für ein Pfund Schnittmehl, Suppenteig oder Teigrohbrei, für Wasserware aus Auszugsmehl 80 Pf. für ein Pfund Teigwaren, 88 Pf. für ein Pfund Schnittmehl und Suppenteig und 80 Pf. für ein Pfund Teigrohbrei.
§ 6. Zuwendungsbeschlüsse werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. September 1918 befristet. Die Bestimmungen in § 4 der Bekanntmachung vom 8. Juli 1918 bleiben in Kraft. Dresden, am 9. August 1919. Der Rat zu Dresden.

Hautjucken-Kratze sichere und schnelle Hilfe durch Biltz Perusalbe Dose Mk. 1,50. Versand: Grüne Apotheke, Erlau 239. Verlobungs-Verständnis-Visitenkarten liefert schnell u. preiswert Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H. Dresden-A. 11/12 n. 12/13

Schreiben Sie heute sofort noch eine Karte! Sonderangebot In prima Casco, holländ. Ware, abzugeben in Pfund u. 1/2 Pfund per Pfund 15.00 Mark bei Abnahme von 5 Pfund a 14.00 Versand nach auswärts per Post nach, in Dresden franco Haus. Paul Zimmermann, Grossohl. Dresden-A. 10, Zöllnerplatz 10.